# Der Sächsische Erzähler

**Tageblatt für Bischofswerda**

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

**Neukirch und Umgegend**

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postscheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabendnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

**Nr. 111** — **Freitag, den 13. Mai 1932.** — **87. Jahrgang**


# Der Reichstag aufgeflogen. Schwere Zwischenfälle

## Plötzliche Vertagung ohne Erledigung der letzten Abstimmungen. — Prügelei im Reichstagsrestaurant. Vier nationalsozialistische Abgeordnete im Reichstag verhaftet.

**Die Viertage-Sitzung des Reichstages ist nach schweren Tumulten und Zusammenstößen abgebrochen worden. Wann das Parlament wieder zusammentritt, blieb unbestimmt. Der gestrige Tag dürfte erhebliche politische Folgen nach sich ziehen.**

**Infolge einer schweren Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und einem Freund der Sozialdemokratie, über die wir nachstehend berichten, ist es zu Szenen gekommen, wie sie der Reichstag bisher noch nicht erlebt hat. Abgeordnete wurden verhaftet, die Schupo griff im Sitzungssaal ein, ungeheurer Tumult erfüllte das Haus. Daß die Form des politischen Kampfes, wie sie einige jüngere Nationalsozialisten hier gewählt haben, in keiner Beziehung zu billigen ist, ist selbstverständlich. Anderseits muß der Zwischenfall als ein Symptom für die ungeheure Erbitterung gewertet werden, die die maßlose und widerliche Hetze der Linken — erst am Mittwochabend gab der Abg. Sollmann (SPD.) im Reichstag selbst noch eine Kostprobe — erzeugt hat und ihre Wellen bis in das Parlament schlägt, in dem sachlich zu arbeiten die Nationalsozialisten sich soeben willens gezeigt hatten.**

### Ein willkommener Zwischenfall.

**Berlin, 13. Mai.** (Eigner Dienst.) Der Anlaß ist ziemlich gleichgültig. Im Reichstagsrestaurant hat es eine Prügelei zwischen mehreren Nationalsozialisten und einem früheren Marineoffizier gegeben, der ehedem Nationalsozialist war und jetzt Propagandavorträge für das Reichsbanner hält. Solche „Renegaten" sind bei ihren früheren Parteifreunden meist nicht sehr beliebt. Außerdem werfen die Nationalsozialisten dem Kapitänleutnant a. D. Kloß vor, er habe die Fälschungen der berüchtigten Röhm-Briefe hergestellt. Ob dies der Fall ist oder nicht, kann hier nicht entschieden werden. Immerhin war die Erregung unter den nationalsozialistischen Abgeordneten gegen diesen „Verräter" groß.

Sehr merkwürdig ist aber der weitere Verlauf der Angelegenheit gewesen. Herr Loebe hielt es zunächst für ausreichend, die Vorkommnisse als „bedauerlich" zu bezeichnen und mitzuteilen, daß eine polizeiliche Untersuchung stattfindet. Der Präsident tat das Vernünftigste, was er tun konnte: er forderte die Abgeordneten auf, die Ruhe zu bewahren und die Verhandlungen fortzuführen. Dies alles war noch korrekt. Dann aber beantragte Herr Dittmann und erreichte die Vertagung der Sitzung um eine Stunde, und nun ging die Hetze los, der man allzu deutlich die Absicht anmerkt, einen großen politischen Skandal zu inszenieren, um Propagandamaterial gegen die Nationalsozialisten zu gewinnen und vielleicht auch um die Regierung vor einer Abstimmungsniederlage zu bewahren; denn es war durchaus nicht sicher, daß die Mißtrauensanträge gegen einzelne Minister, insbesondere gegen Schiele und Schlange-Schöningen, abgelehnt wurden. Herr Hilferding hat sich alsbald zum Reichskanzler begeben und diesen unter Druck zu setzen versucht. Er hat behauptet, daß die sozialdemokratische Fraktion in „maßloser" Erregung begriffen sei, die auch politische Auswirkungen haben könnne, da die Regierung die Nationalsozialisten viel zu nachsichtig behandle. Die Sozialdemokratie hat auch durch ihr massives Vorgehen alle Beschlüsse des Aeltestenrates in dieser Angelegenheit umgestoßen. Man erzählte sich im Reichstag sogar, daß große Teile der SPD. entschlossen seien, aus diesen Vorgängen Folgerungen zu ziehen und überhaupt gegen die Regierung zu stimmen.

Es war also Gefahr im Verzuge. Da die Regierung bei der ersten Abstimmung ohnehin nur eine Mehrheit von 30 Stimmen erzielt hatte, und da für die folgenden Abstimmungen alles im Unklaren lag, bestand die ernste Gefahr, daß dieser Zwischenfall in eine parlamentarische Niederlage der Reichsregierung ausmünden würde. Die „wachsende Erregung" der Sozialdemokratie war also überaus nützlich, um ein Auffliegen der Sitzung zu veranlassen. Innerhalb der Reichsregierung wird man erleichtert aufgeatmet haben, als dieses Ergebnis bekannt wurde. Einen besseren Dienst konnte die Sozialdemokratie der Reichsregierung gar nicht leisten. Nun ist erst wieder einmal Zeit gewonnen bis zum 6. Juni, und bis dahin kann sich viel ereignen. Die Reichsregierung ist durch einen außerparlamentarischen Zufall der Möglichkeit einer Niederlage entgangen.

### Die Tumultsitzung.

**Berlin, 13. Mai.** Der Reichstag eröffnete seine Verhandlungen am Donnerstag mit der Erledigung eines Gesetzentwurfes über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten, der nach einstündiger Aussprache in zweiter und dritter Lesung mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen wurde.

Bei der dritten Lesung des

**„Schuldentilgungsgesetzes",**

das die Kreditermächtigung enthält, wurde zunächst namentlich abgestimmt über den § 8, der die Ermächtigung gibt, Geldmittel zur Arbeitsbeschaffung usw. durch Schuldverschreibungen zu beschaffen und die Höhe des jeweils zu beschaffenden Betrages festzusetzen, sowie in Höhe der gezeichneten Beträge bis zum 1. Oktober 1933 Geldmittel im Wege des Zwischenkredits zu beschaffen. § 8 wurde mit 283 gegen 256 Stimmen bei einer Enthaltung, das ganze Gesetz in der Schlußabstimmung mit 287 gegen 260 Stimmen angenommen.

**Unmittelbar nach der Abstimmung über das Kreditgesetz teilte Präsident Löbe mit, daß „ein als Gast anwesender Journalist im Reichstagsrestaurant von Abgeordneten und Nicht-Abgeordneten überfallen und geschlagen worden sei". Er habe Anweisung gegeben, daß die Kriminalpolizei die zu ermittelnden Täter, ganz gleich ob sie dem Hause angehörten oder nicht, festnehme. Bei dieser Mitteilung entstand größte Unruhe, die der Präsident zum Anlaß nahm, die Sitzung für eine halbe Stunde zu unterbrechen.**

### Neue Sitzung — neue Zusammenstöße.

Als nach dreiviertelstündiger Unterbrechung die Sitzung wieder eröffnet worden war, teilte Präsident Löbe mit, man habe sich im Aeltestenrat dahin geeinigt, daß die an dem Zwischenfall Beteiligten im Reichstagsgebäude zwecks Feststellung des Tatbestandes vernommen werden sollen. Er bat angesichts der erregten Stimmung um Ruhe, damit die weiteren Verhandlungen ermöglicht werden könnten.

Das Haus behandelte nunmehr

**die Mißtrauensanträge.**

Abg. **Dingeldey** (DVP.) erklärte, daß seine Fraktion dem Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung zustimmen, den Mißtrauensantrag gegen den Außenminister aber nicht unterstützen werde. Als dann Dr. **Breitscheid** (Soz.) erklärte, daß seine Freunde sämtliche Mißtrauensanträge ablehnen würden, und zwar aus . . ., konnte er nicht weitersprechen, weil die Rechte dauernd ihm den Zuruf entgegenwarf: „Angst!" Nur mühsam konnte er sich in dem Stimmengewirr Gehör verschaffen. Nationalsozialisten und Sozialdemokraten riefen sich gegenseitig das Wort „Verbrecher" zu. Der Abgeordnete Graßmann (Soz.) stürzte auf Dr. Frick zu; eine Schlägerei wurde aber verhindert. Endlich hörte man, daß die Sozialdemokraten einer Partei, die politisch und moralisch die Voraussetzungen dafür nicht habe, den Weg nicht zur Macht eröffnen würden. Diese Ausführungen Dr. Breitscheids wurden von den Nationalsozialisten mit lautem Lachen begleitet.

**Bei den Mißtrauensanträgen**

wurde zunächst die Abstimmung über jene vorgenommen, die von den Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten gegen die gesamte Reichsregierung eingebracht worden sind. An die Seite der Antragsteller stellte sich die Deutsche Volkspartei und wohl auch — die Mehrheit — des Landvolks. Die Anträge wurden mit 287 gegen 257 Stimmen abgelehnt.

**Noch einmal Unterbrechung.**

Darauf forderte Abg. Dittmann (Soz.) den Präsidenten auf, die Sitzung auf eine Stunde zu unterbrechen, damit die Fraktionen zu den Vorfällen im Reichstag Stellung nehmen könnten. Dr. Frick (Natsoz.) widersprach. Die Mehrheit beschloß die Unterbrechung der Sitzung für eine Stunde.

**Einmarsch der Polizei.**

**Die neue Unterbrechung der Sitzung dauerte mehr als eine halbe Stunde. Als Präsident Löbe wieder im Plenarsaal erschien, teilte er mit, daß er seine Strafbefugnisse der Polizei übertragen habe und daß er alle Maßnahmen habe treffen lassen, um eine Verdunkelung zu verhüten.**

Er erzählte, daß bei der Frau des Journalisten Kloß telephonisch angerufen worden sei und daß man ihr mitgeteilt habe, ihr Mann habe sich im Reichstagsgebäude ungebührlich benommen und sei dafür zusammengeschlagen worden. Sie möchte sich seine Knochen im Reichstag abholen. (Stürmische Pfuirufe im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Weiter sagte der Präsident, daß nach den bisherigen Ermittelungen die nationalsozialistischen Abgeordneten Heines, Weitzel, Stegmann und Krause-Ostpreußen an den Straftaten beteiligt gewesen wären. Er schließe diese Abgeordneten wegen gröblicher Verletzung des Hauses für 30 Tage von den Sitzungen des Reichstages aus. Da die Abgeordneten dem Verlangen des Präsidenten, den Plenarsaal zu verlassen, nicht nachkamen, schloß Präsident Löbe die Sitzung und erklärte, er behalte sich die Wiedereinberufung des Hauses vor. Nachdem die

**Sitzung geschlossen**

war, kam es zu lebhaften Kundgebungen im Plenarsaal, an denen sich neben den nationalsozialistischen Abgeordneten auch nationalsozialistische Besucher auf den Tribünen beteiligten. Gegenkundgebungen der Sozialdemokraten erfolgten. Die Publikumstribüne wurde geräumt. Auf der Pressetribüne beteiligte sich ein anscheinend der Sozialdemokratischen Partei nahestehender Journalist an den Gegenkundgebungen und wurde ebenso ersucht, den Raum zu verlassen.

### Dr. Weiß leitet die Aktion.

**Kurz nach drei Uhr erschien plötzlich auf der Regierungsbank des Reichstagssaales ein Kommando der Schutzpolizei mit einem Offizier an der Spitze. Die Schutzpolizisten sprangen und kletterten über die Regierungsbänke**

## Groener als Reichswehrminister zurückgetreten.

**Berlin, 12. Mai. Reichsminister Groener hat den Reichskanzler und den Reichspräsidenten gebeten, ihm sein Amt als Reichswehrminister abzunehmen und ihm ausschließlich das Reichsministerium des Innern zu übertragen.**

**Ueber die Gründe, die Minister Groener zu diesem Entschluß bewogen haben, erfahren wir folgendes: Groener sehe die ihm im Oktober 1931 übertragene Aufgabe, die Reichsautorität durch Zusammenfassung aller Mittel des Reiches in der besonders schwierigen Zeit des Winters zu sichern, als erfüllt an; die weitere Leitung beider Ministerien werde seine Kräfte übermäßig in Anspruch nehmen. Außerdem sei die gleichzeitige Verwaltung eines ausgesprochen politischen Ministeriums, wie die des Reichsministeriums des Innern, durch den Reichswehrminister mit dem unpolitischen und überparteilichen Charakter der Reichswehr auf die Dauer nicht zu vereinbaren. Da er im Reichsinnenministerium eine Reihe von Aufgaben in Angriff genommen habe, an deren Durchführung ihm besonders liege, wolle er in der Lage sein, in Zukunft seine ganze Arbeitskraft diesem Ministerium zu widmen.**

## Tagesschau.

**Reichsminister Groener hat sein Amt als Reichswehrminister niedergelegt. Er hat den Reichspräsidenten gebeten, ihm ausschließlich das Reichsministerium des Innern zu übertragen.**

*** In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde nur über den Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett abgestimmt, der mit 30 Stimmen Mehrheit abgelehnt worden war. Infolge schwerer Tumulte und Zusammenstöße wurde der Reichstag vertagt, bevor er seine weiteren Abstimmungen durchgeführt hatte.**

*** Im Osten Berlins beschossen gestern abend Kommunisten ein nationalsozialistisches Verkehrslokal. Ein Nationalsozialist wurde getötet, vier weitere Nationalsozialisten schwer verletzt.**

**Im polnischen Korridor sind nach zuverlässigen Meldungen bedeutsame militärische Vorbereitungen der Polen im Gange. Eine Reservearmee wird mit den neuesten Waffen ausgerüstet.**

*** Das Kind Lindberghs ist in der Nähe von Lindberghs Haus von Nachbarn tot aufgefunden worden. Die Leiche hat offenbar schon längere Zeit an der Fundstelle gelegen, denn infolge vorgeschrittener Verwesung war nur noch das Skelett übrig.**

*) Ausführliches an anderer Stelle.